



Stellungnahme zum Entschließungsantrag

„Endlich die Hälfte der Macht den Frauen! – Enquetekommission für ein niedersächsisches Paritätsgesetz rasch einsetzen“;

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Drs. 18/7354

Der Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. (LFRN) begrüßt die Einsetzung einer Enquetekommission für ein niedersächsisches Paritätsgesetz nachdrücklich.

Wir halten es für notwendig, die Diskussion über die Möglichkeiten zu einer verfassungskonformen gesetzlichen Regelung mit dem Ziel einer gleichberechtigten Vertretung von Frauen und Männern zeitnah und nachhaltig zu intensivieren, und auf mögliche Schritte zur Verabschiedung eines Paritätsgesetzes in der nächsten Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages zu fokussieren.

Der LFRN setzt sich bereits seit langem für ein Paritätsgesetz ein, damit sich der Frauenanteil in niedersächsischen Landtag deutlich und nachhaltig erhöht.

Zwar sind Paritätsgesetze in Brandenburg und Thüringen von den dortigen Verfassungsgerichten auf Antrag der AfD (in Brandenburg auch NPD) für nichtig erklärt worden, jedoch haben die Begründungen der Entscheidungen weitreichende Kritik erfahren, da sie insbesondere die Bedeutung des Gleichstellungsauftrags aus Art. 3 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz (bzw. den entsprechenden landesverfassungsrechtlichen Regelungen) nicht hinreichend gewichtet haben.

Darüber hinaus gibt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, auch wenn sie die Wahlprüfungsbeschwerde betreffend die Bundestagswahl 2017 zurückgewiesen hat, gleichwohl wichtige Hinweise zu einer verfassungskonformen Gestaltung eines Paritätsgesetzes. So wird vor allem die notwendige Abwägung der gleichrangigen Verfassungsgüter – Gleichstellungsauftrag aus Art. 3 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz und Parteienfreiheit gem. Art. 21 Grundgesetz – eingefordert.

Deshalb hält es der LFRN für geboten, die Enquetekommission zügig einzusetzen, damit durch die Beratungen der Kommission die Grundlage für die Verabschiedung eines Paritätsgesetzes in der nächsten Wahlperiode geschaffen werden können.

Hannover, 27.04.2021